Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Abend-Ausgabe.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ. Familiennachrichten und Anzeigen geschäftlich Empfehlender (6gespalten) 50 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 352. **Donnerstag** den 29. October 1891. 85. Jahrgang.

Für die Monate **November** und **December** eröffnen wir hiermit ein besonderes Abonnement auf das **Leipziger Tageblatt zum Preise von 3 Mk. 75 Pf. für beide Monate** bei täglich zweimaliger freier Zustellung ins Haus.

Bestellungen nehmen entgegen sämmtliche Zeitungsspediteure, sowie

die Hauptexpedition: Johannesgasse 8,
die Filialen: Katharinenstraße 14 und Königsplatz 7.

Ferner kann in nachfolgenden **Ausgabestellen** das Leipziger Tageblatt — zum Preise von **3 Mk.** für die Monate November und December zusammen — **abgeholt** werden:

Arndtstraße 35 Herr **E. O. Kittel**, Colonialwaarenhandlung.
Beethovenstraße 1 Herr **Theod. Peter**, Colonialwaarenhandlung.
Brühl 80 (Ecke Goethestraße) Herr **Herm. Messke**, Colonialwaarenhandlung.
Frankfurter Straße 11 Herr **Ernst Mros**, Colonialwaarenhandlung.
Marschnerstraße 9 Herr **Paul Schreiber**, Drogengeschäft.
Nürnberger Straße 45 Herr **M. E. Albrecht**, Colonialwaarenhandlung.
Packhofstraße 1 Herr **M. H. Schröter**, Cigarrenhandlung.
Peterskirchhof 5 Herr **Max Nierth**, Buchbinderei.
Pfaffendorfer Straße 1 Herr **Fritz Weber**, Colonialwaarenhandlung.
Ranstisches Gäßchen 6 Herr **Friedr. Fischer**, Colonialwaarenhandlung.
Ranstädter Steinweg 1 Herr **O. Engelmann**, Colonialwaarenhandlung.
Schützenstraße 5 Herr **Jul. Schümichen**, Colonialwaarenhandlung.
Westplatz 32 Herr **H. Dittrich**, Cigarrenhandlung.
Yorkstraße 32 (Ecke Berliner Straße) Herr **G. Janke**, Colonialwaarenhandlung.
Zeitzer Straße 35 Herr **V. Küster**, Cigarrenhandlung.

in **Anger-Crottendorf** Herr **Robert Greiner**, Zweinaundorfer Straße 18.
„ **Connewitz** Frau **Fischer**, Hermannstraße 23, 1. Etage.
„ **Gohlis** Herr **Th. Fritzsche**, Mittelstraße 5.
„ **Lindenau** Herr **Ed. F. Müller**, Wettiner Straße 51.
in **Neustadt** Herr **F. Heber**, Eisenbahnstraße 5.
„ **Plagwitz** Herr **M. Grützmann**, Zschochersche Straße 7a.
„ **Reudnitz** Herr **W. Fugmann**, Marschallstraße 1.
„ „ Herr **Bernh. Weber**, Mützengeschäft, Leipziger Straße 6.
in **Thonberg** Herr **R. Häntsch**, Reitzenhainer Straße 58.

Leipzig, 29. October.

* Es wird bestätigt, daß der ordentliche Etat für das Reichsheer auf 1892/93 keine bedeutenden Neuerungen enthalten soll. Dagegen wird eine hohe außerordentliche, d. h. durch Anleihe zu deckende Forderung nicht zu umgehen sein. Wir haben dies schon früher mitgetheilt. Es handelt sich bei der außerordentlichen, einmaligen Forderung hauptsächlich um die Artillerie; doch dürften jüngst verbreitete Angaben über einen beabsichtigten Wechsel des Materials, aus welchem unsere Geschütze hergestellt werden, sich nicht bestätigen.

* Den kaiserlichen Erlaß in Betreff des Processes Heinze begleitet die „Köln. Ztg." mit folgenden Bemerkungen:

„Es giebt Verhältnisse, für deren öffentlicher Besprechung man sich nur dann versteht, wenn eine zwingende Nothlage gebietet, alle conventionellen Rücksichten beiseite zu setzen. Wenn der Kaiser sich also entschließen hat, die durch den Heinze'schen Proceß aufgedeckten Schäden nicht nur in einem Erlaß an das Staatsministerium zu erörtern, sondern diesem Erlaß auch die weiteste Oeffentlichkeit zu geben, so muß bei allen die Ueberzeugung herrschen, daß den einzelnen thatsächlichen Mißständen, die der Proceß in weiterer Weite enthüllt hat, nur dann beizukommen ist, wenn man mit der Fackel in alle Ecken hineinleuchtet. Die Entschiedenheit dieses Vorgehens bürgt dafür, daß die Zustände, welche insbesondere der deutschen Reichshauptstadt zur Unehre gereichen, welche sich aber auch anderswo vorfinden, einem durchgreifenden Heilverfahren unterworfen werden sollen. Die cynische Unverfrorenheit, mit der die Verwerfenheit ohne jede Spur von Schamgefühl vor den Schranken des Gerichts auftritt, hat in den weitesten Kreisen Entrüstung geweckt, viele Herzen erschüttert und manche Köpfe zu ernstem, traurigem Nachdenken über eine sittliche Atmosphäre angeregt, in der ein Bruchtheil der großstädtischen Bevölkerung dahinlebt. Im Einzelnen hat sich auch in denjenigen Kreisen, denen man vielfach die Verantwortlichkeit für ein System zuschreibt, welches die zu bekämpfende Seuche über fast alle Gegenden großer städtischer Gebiete verbreitet, namentlich auf Grund der thatsächlichen Erfahrung die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die Lasernirung der Prostitution, ihre Beschränkung auf bestimmte Häuser, der gegenwärtigen Methode, welche weithin ansteckend wirkt, vorzuziehen ist."

* Die Zollämter haben soeben, wie die Allgem. Fleischer-Zeitung von gut unterrichteter Seite erfährt, Instructionen über die Einfuhr amerikanischer Fleischwaaren erhalten. Danach wird bestimmt, daß amerikanisches Schweinefleisch, incl. Speckseiten, Schinken und Würste, mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sein muß, daß das Fleisch in Amerika nach den dortigen Vorschriften untersucht und gesund befunden worden ist. Jeder Sendung muß ein von einer amerikanischen diesbezüglichen Behörde ausgestelltes Certificat beigefügt sein. Dieses Certificat ist entweder der Factura oder dem Frachtbrief beizufügen. Außerdem ist auf jedes Behältniß ein Zettel von der amerikanischen Behörde aufzukleben. Die Sendungen amerikanischen Specks, die vor der Veröffentlichung der Bestimmungen in Holland lagerten, dürfen in Deutschland nicht eingeführt werden, dagegen die jetzt dort ankommenden Sendungen, welche den jetzigen Bestimmungen entsprechen. Speck, der zu Schmiere 2c. benutzt werden soll, braucht nicht mit Certificat 2c. versehen zu sein, da er hier denaturirt wird.

* Die durch die Blätter gehende Nachricht, daß die nächste Sitzung des Reichstags nunmehr auf den 17. November anberaumt wäre, ist nach den Informationen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht zutreffend; eine definitive Entscheidung hierüber ist bis zur Stunde überhaupt noch nicht getroffen.

* Unter den vielen stolzen und zuversichtlichen Phrasen, die auf dem Erfurter Parteitag der Socialdemokraten ertönten, sind doch solche über ihre Erfolge auf dem platten Lande nicht oder doch nur in sehr kleinlauter Weise vernehmbar geworden. Bekanntlich hatte die socialdemokratische Parteileitung vor einiger Zeit die Parole ausgegeben, die Agitation mit aller Energie in die landwirthschaftlichen Kreise hinauszutragen, wo die Erfolge bisher äußerst bescheiden im Vergleich zu denjenigen bei der industriellen Arbeiterschaft gewesen. Es waren auch planmäßige Versuche in dieser Richtung durch aufhetzende Bearbeitung mit Vorträgen und Flugschriften unternommen worden. Von Erfolgen aber ist offenbar bisher noch so gut wie Nichts zu berichten. Ein Redner auf dem Parteitag gestand dies auch offen ein und beleuchtete einigermaßen die Ursachen, aus denen die ländliche Bevölkerung, wo sie nicht im unmittelbaren Bannkreis großer Industriestädte liegt, sich gegen die socialdemokratische Bewegung im Allgemeinen so ablehnend verhält. Sie sind bekannt genug; sie liegen in dem conservativen, an überlieferten Anschauungen und Einrichtungen festhaltenden Sinn des Bauernstandes, der, in einfachen Verhältnissen und Gewohnheiten groß geworden, Neuerungen abhold zu sein pflegt und zumal für das Antasten des Eigenthums nicht das geringste Verständniß hat. Mit diesen Eigenschaften wird der deutsche Bauer wohl noch lange der Socialdemokratie unüberwindlichen Widerstand leisten. Die socialistische Agitation ist auch nach ihrer ganzen Methode, ihren Grundbegriffen, ihren Schlagworten und Consequenzen, ihrer Ueberlieferung so sehr auf die industrielle Arbeiterschaft zugeschnitten, daß ihre Lehren und Hetzereien den Bauern so gut wie ganz unverständlich bleiben. Das wird von offenherzigen Socialdemokraten selbst zugestanden. Im Bauernstand haben wir noch immer ein festes Bollwerk gegen die Socialdemokratie und den Umsturz unserer Gesellschaftsordnung. Möge es nur auch dauernd so bleiben! Die Vorbedingung dazu ist die Erhaltung eines gesunden, lebensfähigen und zufriedenen Bauernstandes.

* Die „Nat.-Ztg." meldet aus Berlin: Im Kaiserhof sind für den Grafen Herbert Bismarck vier Räume bestellt worden. Wie es heißt, soll ein Theil derselben für den Fürsten Bismarck bestimmt sein, welcher Nachmittags 5½ Uhr in Berlin auf dem Stettiner Bahnhof eintreffen und die Nacht hier bleiben dürfte.

* Die Stellung des Polizeipräsidenten von Richthofen in Berlin soll erschüttert sein.

* Wie nunmehr bestimmt ist, reisen der Kaiser von Rußland, sowie der König und die Königin von Dänemark heute Donnerstag Vormittag mit der Yacht „Polarstern" von Kopenhagen ab. Der König und die Königin von Griechenland treten gleichzeitig die Rückreise auf dem „Danebrog" an und werden über Lübeck weiterreisen.

* Nach Erledigung der Tagesordnung in der Generalversammlung des Bochumer Vereins wurde auf Antrag zweier Actionaire dem Geheimrath Baare ein ehrendes Vertrauensvotum dargebracht. Die Versammlung erhob sich von ihren Sitzen, um in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der beiden Redner einstimmig ihr Bedauern auszusprechen, daß der Herr Geheimrath gegenüber den bekannten groben Insulten so lange schuplos ausgesetzt bleibe, und ihn zugleich aufs Neue ihres vollsten ungetrübten Vertrauens zu versichern. Beiden Rednern wurde für ihre Ausführungen lebhafter Beifall zu theil und auf Antrag die Thatsache des Vertrauensvotums im Protokoll vermerkt.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: Am Dienstag hat die Reichstagsersatzwahl in Stolp-Lauenburg an Stelle des zum Oberpräsidenten von Pommern ernannten früheren Ministers von Puttkamer stattgefunden. Der Wahlkreis war ununterbrochen conservativ oder freiconservativ vertreten, lange Jahre durch den bekannten Herrn von Hammerstein. Bei den vorjährigen Wahlen wurden abgegeben 10 522 conservative, 5923 deutschfreisinnige, 83 klerikale und 148 socialdemokratische Stimmen. Diesmal standen sich der conservative Candidat v. d. Osten und der freisinnige Hofbesitzer Dau gegenüber. Es war von beiden Seiten eine ungewöhnlich lebhafte Wahlagitation entwickelt worden. Die Nachrichten über das Ergebniß geben, wie stets in vorwiegend ländlichen Wahlkreisen, langsam und lückenhaft ein, so daß sich der Erfolg noch nicht ganz sicher übersehen läßt. Wenn sich indessen die bis jetzt vorliegenden Meldungen bestätigen, so ist der Sieg des freisinnigen Candidaten sehr wahrscheinlich. Die letzte Meldung sprach von 8917 Stimmen für Dau, 4930 für v. d. Osten, und das in einem für unnahbar gehaltenen Hinterpommerschen Wahlkreise. Binnen kurzer Zeit die Erfahrungen von Tilsit, Cassel, Stolp! Die Conservativen sollten daraus eine Lehre ziehen, statt in ihren Organen immer über die Abwerthschätzung anderer Parteien zu reden.

* Ueber den Pariser „Times"-Correspondenten Blowitz machen die „Hamb. Nachr." folgende Mittheilung: „Zur Aufklärung über die „Verstimmung", die Herrn Blowitz beherrscht, mag bemerkt sein, daß dieser Gemüthszustand im Anfang hauptsächlich auf Ordenswünschen basirt war. Blowitz war auf Disraelis' Wunsch im Jahre 1878 zur Congreßzeit vom Fürsten Bismarck empfangen worden und diese Bevorzugung war, ebenfalls auf Disraelis' Wunsch, von einer für Blowitz' Verhältnisse um eine Classe zu hohen Ordensverleihung begleitet. Er erhielt die dritte Classe. Es scheint, daß Beaconsfield momentan das Bedürfniß gehabt hat, diesen Correspondenten bei guter Laune zu erhalten; Blowitz aber war über die nach preußischen Anschauungen ungewöhnlich hochgegriffene dritte Classe entrüstet, verlangte eine zweite, und als er diese nicht bekam, ward er feindlich."

* Ueber die Vorlagen, welche dem preußischen Landtage in seiner nächsten Tagung seitens der Staatsregierung gemacht werden sollen, sind zwar schon vielfach Angaben gemacht worden, dieselben sind jedoch nicht genau gewesen. Als sicher kann gelten, daß, abgesehen von kleineren Vorlagen, dem Landtage zugehen werden: Seitens des Finanzministeriums ein Entwurf wegen Entschädigung der Reichsunmittelbaren, seitens des Ministeriums des Innern eine Landgemeindeordnung für Schleswig-Holstein, das Polizeikostengesetz und ein Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Communalverbände zur Anstellung von Militäranwärtern, seitens des Cultusministeriums das Volksschullastengesetz sowie ein Gesetzentwurf wegen Ablösung der Stolgebühren und seitens des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten neben dem üblichen Gesetze über die Vervollkommnung und Ausrüstung der Eisenbahnen ein Tertiärbahngesetz und vielleicht die eine oder die andere Provinzialwegeordnung.

* Aus Weimar wird uns vom 28. October geschrieben: Bei der hier vorgenommenen Wahl von vier Landtagsabgeordneten, welche die Großgrundbesitzer des Großherzogthums zu ernennen haben, wurden die Rittergutsbesitzer v. Helldorf, v. Warmb und Thierbach wieder-, der Gutsbesitzer Kobe aber neugewählt. Die deutschfreisinnige Partei hatte es dahier nochmals versucht, einen der Ihren durchzubringen, ist aber glänzend durchgefallen. Damit ist also alle Mühe umsonst gewesen, ja es hat der Freisinn sogar das einzige Mandat, welches er besaß (Allstedt), verloren und dürfte endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß die Bevölkerung schlechterdings nicht den Wunsch hat, die öde politische Hetzerei in eine Körperschaft getragen zu sehen, deren Aufgabe es ist, in sachlicher und ruhiger Weise mit der Regierung für das Wohl der engeren Heimath zu arbeiten.

* Aus Thüringen schreibt man uns:

Als ein recht erfreuliches Zeichen ist die Wahrnehmung zu betrachten, daß auf dem kürzlich in Eisenach abgehaltenen nationalliberalen Thüringer Parteitage der Ueberzeugung und Nothwendigkeit in allen Reden und Berichten Ausdruck gegeben wurde, den wirthschaftlich Schwächeren, den Kleingewerbetreibenden, den Kleinbauern und den Arbeitern mehr Theilnahme entgegenzubringen, sich mehr wie bisher mit ihren Verhältnissen und Wünschen zu befassen und ihnen persönliche Aufklärung und Belehrung zu geben, auch im Allgemeinen mehr mit ihnen zu verkehren. — Wenn dieses auch nicht so leicht ist, so muß doch eine Annäherung der Besitzenden an die weniger Besitzenden zur Versöhnung der Gegensätze und eine Heranziehung aller staatserhaltenden Elemente zu ihrer Festigung und Stärkung geschaffen werden. Erleichtert wird dieselbe werden, wenn nicht blos unsere Reichstagsabgeordneten, sondern auch die Landtagsabgeordneten, als die berufenen Vertreter des Volkes, hin und wieder einmal mit einem anregenden und belehrenden Vortrag vor ihre Wähler treten und auf diese Weise manche der ersten Fragen klar legen, die unsere socialpolitisch wichtige Zeit bewegen. Außerdem bietet die unermüdliche Thätigkeit und Agitation der Socialdemokraten hinreichende Veranlassung zu einem solchen Vorgehen. Aber auch jeder Einzelne muß in diesem Sinne thätig sein. Wir können uns ganz den Worten des Reichstagsabgeordneten Dr. Osann anschließen, welcher in seinem angezeigten Vortrage in Eisenach sagte: Es ist schon viel geschehen in der Gesetzgebung und unsere Partei hat von Anfang bis Ende mitgearbeitet, darum ist es aber auch Pflicht eines Jeden, diesen Geiste unserer Partei gemäß weiter zu arbeiten in dem Wohlwollen gegen unsere schlechter gestellten Mitbürger. Die Zukunft unserer Partei liegt nicht allein darin, daß wir den nationalen Gedanken wach erhalten, sondern, daß wir auch die Ideale Auffassung in die wirthschaftlichen Fragen hineintragen.

* Aus Kahla wird uns telegraphisch gemeldet: Eine von der deutschfreisinnigen Partei einberufene Bürgerversammlung wurde polizeilich aufgelöst, da der Vortragende, Rector Herrmann, unbefugter Weise aus den Acten des Stadtrathes Mittheilungen machte.

* Aus Fulda wird uns geschrieben: Der deutsche Episkopat — so schreibt man uns von unterrichteter Seite — beschäftigt sich neuerdings wieder lebhaft mit der „römischen Frage", d. h. mit der Zulässigkeit der Zweckmäßigkeit solcher Kundgebungen der deutschen Priester- und Laienwelt, welche der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes dienen sollen. Daß auf diesem Gebiete heute eine weit größere Vorsicht als vor zwanzig Jahren geboten ist, wissen die Bischöfe recht wohl, weshalb sie auch offenbar bemüht sind, jeder Ueberstürzung seitens übereifriger ultramontaner Führer vorzubeugen. Eine abweichende Ansicht nach dieser Richtung scheint allein der Bischof von Mainz zu vertreten, der bekanntlich schon lange vor seiner Berufung in sein jetziges Amt (als Domcapitular) ein sehr schwieriger Agitator für die deutsche Intervention zu Gunsten der vaticanischen Ansprüche gewesen ist. Dieser Prälat bezieht sich, um gewissermaßen den Ton für eine neue „Katholiken-Erklärung" anzugeben, auf jenen Satz des von ihm verfaßten, von der großen Katholikenversammlung in Fulda am 12. October 1870 angenommenen Protestes, in dem es wörtlich heißt, „daß die deutschen Regierungen, wenn sie ihre Pflichten gegen die katholischen Unterthanen (— d. h. hier die eventuell gewaltsame Restitution in Rom —) vergäßen, an diese Pflichten erinnert werden müßten". Dieser „rothe Faden" mag nun aber doch in Breslau, Köln, München 2c. etwas allzu brennroth erscheinen, und da sich ein anderes geeignetes Leitmotiv bis jetzt noch nicht hat finden lassen, so werden wir vorläufig auf ein actuelles Vorgehen des Episkopats verzichten müssen. Nun, die platonischen Erklärungen sind ja von ganz gleichem Werthe!

* Die Nachricht von einem kriegerischen Vorgehen von deutscher Seite gegen die Abo-Leute kam überraschend; doch steht es in einem erkennbaren Zusammenhange mit den bisherigen allgemeinen Erscheinungen im dortigen Schutzgebiete. Die Abo-Leute gehören zu jenen Stämmen, welche den Küstenhandel als ihr Privilegium ansehen, und alle Mittel, selbst Gewalt anwenden, um die Europäer vom Eindringen in das Innere zu Handelszwecken abzuhalten. Nachdem die Dualla, die unmittelbaren Küstenbewohner, nach mehrmaligen blutigen Kämpfen darüber belehrt waren, daß ihre Kräfte zur Zurückhaltung der Weißen nicht ausreichten, nahmen dort im Kamerun-Flußgebiete die Abostämme den Kampf auf; sie gingen so weit, daß sie den Fluß, der eine bequeme Zufahrtsstraße nach dem nördlichen Gebiete bildet, schlossen, und waren unzugänglich für alle Verhandlungen. Schon wiederholte Erfahrungen lehren, daß hierbei nur ein gewaltsames Vorgehen Hilfe bringen kann. Aehnliche Kämpfe stehen uns wahrscheinlich noch im südlichen Theile, dem Batanga-Gebiete, bevor. Dort sind es die Bakoko, welche Anspruch auf das Handelsmonopol machen; ihren Angriffen wäre vor einigen Jahren beinahe die Expedition Kund-Tappenbeck erlegen; mit ihnen hatte Premierlieutenant Morgen auf seinem Zuge den Sanaga entlang wiederholte Kämpfe zu bestehen. Auch ihre Kraft ist noch nicht gebrochen; mit ihrem Widerstande müssen wir rechnen. Der Ort Bonakwassi, welchen der „Reichs-Anzeiger" neben Mpang als zweiten befestigten Ort der Abo nennt, liegt nur wenige Kilometer nördlich von Mpang am entgegengesetzten (östlichen) Ufer des Abo-Flusses. Wiederum einige Kilometer weiter nördlich auf demselben Flußufer liegt der von Abo-Leuten bewohnte Ort Mangamba, wo die Baseler Mission eine Station angelegt hat und seit etwa einem Jahre in Thätigkeit steht. Bemerkenswerth ist, daß der Reichscommissar Freiherr von Gravenreuth, dessen Thätigkeitsgebiet in Batanga im Flußgebiete des Sanaga liegt, auf dem fernabliegenden Landstriche der eigentlichen Kamerunflüsse Verwendung gefunden hat. Der stellvertretende Gouverneur, Legationsrath von Schuckmann, hat die Gelegenheit benutzt, daß der Commissar mit seiner mühsam zusammengebrachten Expedition noch im Flußdelta anwesend war, um den Schlag gegen die aufsässigen Eingeborenen zu führen. Auch hat er, wie bei dem ersten Kampfe im December 1884, die Mannschaft der Kriegsschiffe herangezogen, um jedem Fehlschlage vorzubeugen. Der geplante Zweck ist somit auch voll erreicht und wird auf lange hin den gewünschten Einfluß ausüben.

* Der neuen Civilverwaltung in Ostafrika wird jetzt von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, daß sie viel zu sehr mit Verordnungen und namentlich mit Steuern vorgehe; das habe unter der Bevölkerung Unruhe und Mißtrauen hervorgerufen. Diese Klagen, welche wahrscheinlich auch amtlich zur Kenntniß gelangt sind, scheinen in Berlin, wie die „Kreuzzeitung" meldet, nicht unbeachtet bleiben zu sollen. Wie es heißt, fanden Erörterungen statt, ob nicht einzelne der Verordnungen, z. B. namentlich jene des Gouverneurs vom 1. Juli 1891, betreffend die Einführung einer Handelssteuer, welche nach der Höhe des jährlichen Umsatzes bemessen wird, aufzuheben seien. Vorläufig ist die Inkraftsetzung dieser Verordnung aufgehoben. Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß sich in Ostafrika ein recht fühlbarer Gegensatz zwischen den Civilbeamten und anderen Elementen, namentlich den Officieren der Schutztruppe ausgebildet hat. Dieser Gegensatz spricht sich in verschiedenen uns zugegangenen Briefen so scharf aus, daß er nicht verschwiegen werden kann. Insbesondere richten sich die Beschwerden gegen den Gouverneur selbst, dem die älteren „Afrikaner" vor allem vorwerfen, daß er mit den ostafrikanischen Verhältnissen nicht vertraut sei. Nachdem wir mehrere Schreiben mit solchen Klagen unbeachtet gelassen haben, wollen wir jetzt, wie das genannte Blatt weiter bemerkt, aus einem derselben ein Stück veröffentlichen, da unzweifelhaft binnen Kurzem noch weitere derartige Dinge zum Vorschein kommen werden. Es heißt in dem Briefe: „Der Gouverneur hat es fertig gebracht, in der kurzen Zeit seines Hierseins alle Schichten der Bevölkerung gegen sich